

# Linke Liste Wiesbaden



Informationen der Fraktion Linke Liste (LiLi) Wiesbaden

Frühjahr 2009

## Großer Erfolg: LiLi-Antrag angenommen! Wiesbaden jetzt Mitglied im Bündnisverein gegen Kohleklotz!

**Das war ein Triumph! Für alle Gegner/innen des geplanten Kohlevergasers auf der Ingelheimer Aue: Die Parlamentsmehrheit stimmte am 26. März für einen Antrag der LiLi und verwies damit in der Energiefrage die Umweltfrevler CDU und FDP mal kurz auf die Oppositionsbank. So schnell kann das gehen!**

Dazu war es allerdings auch bitter nötig, dass sich die GRÜNEN-Fraktion endlich besann und sich nicht mehr der Stimme enthielt wie zuvor. Zwar vermochten sie der Linken Liste nicht mit einem ähnlichen Antrag zuvorkommen, hoben aber dann doch die Hand für den Beitritt der Landeshauptstadt zum „Bündnis für eine kohlekraftwerksfreie Region Mainz Wiesbaden e.V.“! Und nicht nur das: der Antrag der LiLi enthielt außerdem die Forderung einer satten Spende an den Bündnisverein, entsprechend der kurz zuvor ebenfalls beigetretenen Stadt Mainz: 5000 Euro. KMW-Aufsichtsratsvorsitzender Dr. Müller muss deshalb in seiner Eigenschaft als Stadtkämmerer dieses Geld an den Bündnis-Verein anweisen. Ob ihm das schmeckt? Egal – es geht um unser aller Zukunft.

Für den Antrag der Linken Liste stimmten außerdem SPD, Bürgerliste, der derzeit fraktionslose Veit Wilhelmy und die neofaschistischen Republikaner mit zusammen 43 Stimmen. Wobei auch ohne die vier Stimmen der REPs eine ökologische

Mehrheit zusammenkam; die Feinstaubfreunde hatten nämlich nur 34 Stimmen! Und als i-Tüpfelchen erlaubt ein angenommener SPD-Änderungsantrag auch noch die Nennung der Landeshauptstadt nebst Wappen auf den Publikationen des Bündnisses!

Zuvor hatte es teils tumultartige Auseinandersetzungen im Stadtparlament gegeben, u.a. darüber, ob der Antrag der LiLi überhaupt behandelt werden sollte. Die bereits erwähnte Mehrheit der Kohlekraftwerksgegner sorgte zunächst – ebenfalls in namentlicher Abstimmung – dafür, dass der LiLi-Antrag auf der Tagesordnung blieb und behandelt werden konnte. Stadtverordnete von GRÜNEN und CDU fühlten sich dann beim Eintritt in die Abstimmung zum Antrag mit ihrer Wortmeldung von Stadtverordnetenvorsteherin Thiels (CDU) und dem Präsidium übersehen und verlangten die Wiederaufnahme der bereits von Thiels geschlossenen Debatte. Erst durch Sitzungsunterbrechung und Beratung des so genannten Ältestenausschusses konnten die Wogen geglättet werden. In der fortgeführten Sitzung entspann sich dann eine doch noch intensive Debatte um den Antrag der Linken Liste, der schließlich mit dem klaren Stimmenverhältnis von 43 : 34 angenommen wurde.

**Sieg auf der ganzen Linie** →

## Schießanlage für US-Schüler in Wiesbaden – CDU und FDP interessiert das nicht!

**Aufgrund ihres bekannt antimilitaristischen Engagements wurde die Linke Liste von einem aufmerksamen Bürger darauf hingewiesen, dass auf dem Hainerberg der Bau einer Schießanlage für die Schülerinnen und Schüler der H.H. Arnold High School geplant sei. Eine schreckliche Vorstellung angesichts der Ereignisse in Erfurt, Emsdetten und zuletzt Winnenden.**

Die Linke Liste wollte dieser Information nachgehen und stellte eine Dringliche Anfrage in der März-Sitzung des Stadtparlaments. Die Hessische Gemeindeordnung sieht eine Zustimmung von zwei Dritteln der Stadtverordneten vor, damit eine Dringliche Anfrage zur Beratung auf die Tagesordnung genommen wird. Planungs- und Bauaufsichtsdezernent Prof. Dr. Ing. Joachim Pös hatte die Antworten des Magistrats auf die gestellten Fragen der Linken Liste bereits vorliegen, CDU und

weiter Seite 3

LiLi-Antrag: Erfolg für Gegner der Kohle-Dreckschleuder

Seiten 1–3

In US-Schule soll eine Schießanlage eingerichtet werden ...

Seite 1 und 3

Sanierung der Niemöller-Schule soll das Vierfache kosten!

Seite 4

Bürgerhaushalt: Anmerkungen der Fraktion Linke Liste

Seite 4/5

„Bauhaus“: Mandatsträger wird massiv behindert

Seiten 5

Stadt setzt kein Zeichen gegen Neonazimodemarke

Seite 6/7

„Mein Praktikum bei der Linken Liste (LiLi) Wiesbaden“

Seite 8/9

Erfolgreicher Bürgerprotest gegen Streckenverlegung der Linie 18

Seite 9

„Stolpersteine“ für Ehepaar Hoewel in der Herderstraße

Seite 10

(Zu) viel Geld für Verkehrsinfotafeln – Laubbläser stören weiter

Seite 11

„Rollende Litfasssäulen“ – Werbung auf Bussen ist Ärgernis

Seite 12



Peter Silbereisen, OB-Kandidat und LiLi-Ombudsmann

## Termine

### Öffentliche Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung:

14. Mai; 2. Juli; 17. September; 19. November; 17. Dezember 2009

### Fraktionssitzungen der Linken Liste Wiesbaden:

Regelmäßig Montag abends in den „Sitzungswochen“.

Nähere Infos im Fraktionsbüro, Rathaus, Zimmer 305, Telefon 315426, Fax 315917

### Vollversammlungen der Wählergruppe Linke Liste

jeweils 19 Uhr, Café im Hilde-Müller-Haus, 3. Stock: 27. Mai; 8. Juli; 26. August; 30. September; 28. Oktober; 25. November; 16. Dezember 2009

**LiLi**



Zeitung der Fraktion Linke Liste Wiesbaden

2

Frühjahr 2009

## Sieg gegen KKW-Anhänger!

Die Annahme des Antrages durch die Parlamentsmehrheit ist aber nicht nur einer der größten Erfolge der Linken Liste seit ihrer Gründung 2000. Sie ist auch ein überwältigender Sieg aller Bürgerinitiativen, Institutionen und Personen in Mainz und Wiesbaden, die sich seit 2006 mit dem Mut der Verzweiflung gegen die zunächst unüberwindlich scheinende Flut aus Blindheit, Angst und Gewohnheit stemmen, um die 400.000 Menschen links und rechts des Rheins und weitere knapp sieben Milliarden auf dem Globus vor dem Kohlemonster zu bewahren: David gegen Goliath.

### David ist langsam auf Erfolgsspur!

Nachdem die Vertreter der beiden Landeshauptstädte ihre Unternehmen Stadtwerke Mainz und ESWE-Versorgung Wiesbaden angewiesen hatten, die gemeinsame Tochter Kraftwerke Mainz-Wiesbaden (KMW) mit der Planung eines (mittlerweile) 1,3-Milliarden-Euro-Klotzes zu beauftragen, regte sich rasch Widerstand gegen dessen Gefahren für Mensch, Umwelt und Wirtschaft: Die Gründung der Bürgerinitiativen Kohlefreies Mainz (KoMa) und Kein Kohlekraftwerk Wiesbaden (KeKoWi) und die Aktivität vieler schlugen sich auch in über 58.000 Einwendungen gegen den Rückfall in die Kohleverstromung nieder: Damit hatten zehntausende Einwohner/innen der beiden Städte ausdrücklich und ausführlich schriftlich, formell und termingerecht ihren persönlichen Protest bekundet!

### Treppenwitz der Geschichte

Es ergab sich in der Folgezeit eine kuriose Frontstellung quer durch die lokalen Strukturen: So tritt die SPD Mainz für, die SPD Wiesbaden gegen das Kraftwerk ein, die CDU Wiesbaden dafür, die CDU Mainz dagegen, Beschäftigte der KMW dafür, viele Gewerkschafter/innen dagegen. Und nicht zuletzt arbeiten auch beide Oberbürgermeister gegen die Mehrheiten ihrer eigenen Städte (mit der guten Ausrede noch ungeklärter Rechtslage im diesbezüglichen Kommunal-, Aktien-, Bau-, Umwelt-, EU-, Bundes- und Landesrecht u.v.a. hinsichtlich der Weisungsbefugnisse der beiden Stadtparlamente).

Kein Wunder, dass die beiden (sowie der Wiesbadener Ex-OB Diehl) im Volksmund der passiven Bestechlichkeit verdächtigt und z.B. als Kohle-Beutel (Mainz) und Kohle-Müller (Wiesbaden) apostrophiert werden! Zumindest ist es ein Novum, dass sich zwei deutsche Großstädte massiv gegen die Profitansprüche ihrer missratenen Tochter- und Enkel-Unternehmen wehren müs-

sen: Wieder ein Fall, der gegen Privatisierung und für Kommunalisierung spricht.

Wegen der über 58.000 Einwendungen wurde eine mehrwöchige Anhörung der zuständigen rheinland-pfälzischen Behörde „Struktur- und Genehmigungs-Direktion (kurz SGD)“ im Sommer 2008 in der Phoenixhalle Mainz durchgeführt. Dort stellte sich rasch die Parteilichkeit der SGD Süd heraus, die insofern folgerichtig 2009 zur vorläufigen Baugenehmigung für den Kohleklotz mit teils fadenscheinigen Begründungen führte. Was wiederum der Grund dafür ist, dass das Bündnis gegen den Bescheid einen Rechtsanwalt für Umwelt berufen hat: Dr. Remo Klinger (von der Kanzlei Geulen & Klinger, Berlin). Er hatte seinerzeit einen viel beachteten juristischen Erfolg: Das Atomkraftwerk Mülheim-Kärlich wurde stillgelegt. Er ist sich auch beim geplanten Kohlekraftwerk der KMW der Siegeschancen sehr sicher!

### Rechtsweg konsequent durchziehen

Zur Finanzierung des Rechtsstreits haben die Kohlekraftwerksgegner/innen einen weiteren Verein gründen müssen: Das „Bündnis für eine kohlekraftwerksfreie Region Mainz Wiesbaden e.V.“, in dem der frühere Einwenderverein incl. Vermögen komplett aufgegangen ist. Zweck des Bündnisses ist:

1. Die hohe Zahl der Kohlekraftwerksgegner/innen zu dokumentieren: Daher gibt es für Vereinsmitglieder keine horrenden oder regelmäßigen Beiträge, sondern nur eine einmalige(!) Eintrittsgebühr in Höhe von 15 €.
2. Die Breite des Bündnisses zu demonstrieren: In diesem Verein ist die gesamte Bandbreite des Widerstandes gegen den Kohleklotz einträchtig versammelt: CDU Mainz, SPD Wiesbaden, GRÜNE Mainz und Wiesbaden, LINKE Mainz und Wiesbaden, zahlreiche Bürgerinitiativen und Naturschutzverbände, viele einzelne Bürger/innen – und natürlich auch die Linke Liste Wiesbaden (LiLi);
3. den anstehenden Klageweg gegen die vorläufige Baugenehmigung der CO<sup>2</sup>-Schleuder zu finanzieren
4. und dazu innerhalb oder außerhalb des Vereins die Gelegenheit zu steuerabzugsfähigen Spenden zu bieten: Wer will, kann hier jeden Betrag absetzen für eine lebenswerte Zukunft in Mainz und Wiesbaden!

### Gemeinsam und zielstrebig

Bereits die Atmosphäre der Bündnisgründung schien eine völlig neue Kultur zwischen den beiden Rheinstädten zu begründen: Trotz unterschied-



Vorher ...

... nachher?

# NEIN zur Dreckschleuder auf der Ingelheimer Aue!

# Lili

## Linke Liste Wiesbaden JETZT den Stromanbieter wechseln!

[www.fraktion-linke-liste-wiesbaden.de](http://www.fraktion-linke-liste-wiesbaden.de)

lichster Couleur der Versammelten wurde jedes einzelne Mitglied des Bündnis-Vorstandes einstimmig berufen: 1. Vors. Marc Legg (KoMa Mainz), 2. Vors. Dr. Meinrad v. Engelberg (KeKoWi Wiesbaden), Schatzmeisterin Dr. Tilli Reinhardt (Grüne Wiesbaden), sowie 6 Beisitzer von KoMa Mainz, Umweltdezernat Wiesbaden, CDU und Junge Union Mainz, SPD Wiesbaden und Rechtsanwalt C. C. Müller (Mainz). LiLi-Ombudsmann und OB-Kandidat Peter Silbereisen gehört dem später vom Vorstand berufenen Beirat des Vereins an.

Während schon feststeht, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden sowie der BUND Rheinland-Pfalz aufgrund rechtlicher Sonderstellungen auf bestimmten Gebieten klagefähig (und auch -willig) sind, können Privatpersonen aus juristischen

Gründen leider nur zwei Klagegründe anführen: Zu erwartende Schäden an Gesundheit oder Grundbesitz. Aus deren Kreis werden daher zunächst 15 Widerspruch-Willige und später wenige „Musterkläger“ herausgefiltert. Diese müssen zuvor Einwender gewesen sein und jetzt Einspruch gegen den Bewilligungsbescheid erheben (bereits der wird durch die Behörde mit einer „Bearbeitungsgebühr“ von bis zu 1000 € beglückt). Auch diesem Kreis gehört LiLi-Silbereisen an.

### Bitte unterstützt den Bündnisverein:

- **Tretet bei, arbeitet mit, spendet, werbt weitere Mitglieder und Spender/innen!**
- **Lasst uns zusammen den Kohlevergaser verhindern!**

## Schießstand an US-Schule in Wiesbaden ...

FDP ließen die Beantwortung jedoch nicht zu. Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Bernhard Lorenz, sah die Dringlichkeit nicht gegeben und äußerte sich: Wenn dem so sei, könne man nun eh' nichts mehr dran ändern, deshalb würde eine Information in der nächsten Sitzung (im Mai) auch noch ausreichen.

Glücklicherweise sah die Presse dies ein wenig anders und nahm die Anfrage zum Anlass für eigene Recherchen. Das Wiesbadener Tagblatt widmete dem Thema großen Raum und berichtete u.a. Hinter dem Projekt steht das Programm „JROTC“ (Junior Reserve Officer Training Corps): Schüler werden im Gebrauch von Waffen trainiert. Geplant sei eine Anlage, auf der mit Luft-Pistolen und Luftgewehren geschossen wird. Die Kaliber-45/177-Munition sei „weder hochexplosiv noch hoch giftig“.

Der Internetseite [www.stripes.com](http://www.stripes.com) ist im Übrigen zu entnehmen, dass Anfang dieses Jahres ein „Drill-Team“-Wettbewerb in Wiesbaden stattfand, aus dem die Wiesbadener Nachwuchsschützen als Sieger hervorgingen. Nachdem sie tadellos beherrschen, wie man mit und ohne Waffen marschiert, sollen sie auch das Schießen lernen.

Der Schießstand, der im regulären Schulgebäude untergebracht werden soll, wurde von der Stadt genehmigt – für die Verantwortlichen in der Landeshauptstadt offensichtlich „kein Problem“.

## Gesamtpersonalrat am Schulamt nimmt Stellung:

Am 1. April befasste sich der Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer beim Staatlichen Schulamt in Wiesbaden und dem Rheingau-Tau-

nus-Kreis mit der geplanten neuen Schießanlage und nahm dazu wie folgt Stellung:

*„Der GPRLL ist besonders vor dem Hintergrund des schrecklichen Amoklaufes von Winnenden fassungslos über die Pläne der US-Amerikaner, eine Schießanlage in der H.H. Arnold High School einzurichten.*

*Ob deutsche Schule oder amerikanische Schule: Wir lehnen es kategorisch ab, dass Jugendliche im Gebrauch von Waffen trainiert werden.*

*Wir fordern die Verantwortlichen in der Stadt, insbesondere den Baudezernenten Prof. Joachim Pös, dazu auf, sich dieser Frage nachdrücklich anzunehmen und allen Einfluss geltend zu machen, dass diese Anlage nicht gebaut wird.*

*Wir Lehrerinnen und Lehrer sehen unsere Bemühungen um Prävention von Gewalt und um die Verhinderung von Gewalt verharmlosenden Tatbestände konterkariert, wenn eine derartige Anlage ohne Widerspruch gebaut werden darf.*

*Wir fühlen uns u.a. durch einen lässigen Umgang mit dieser Thematik in der Stadtverordnetenversammlung vom 25. März 2009 im Stich gelassen.*

*Wir fühlen uns in der Verantwortung, das uns Mögliche zu tun, damit das Leben jedes Einzelnen mit seinen Stärken, Schwächen und Problemen höchste Wertschätzung erfährt und jedes Individuum geachtet und beachtet wird, um solche erschütternden Gewalttaten wie in Winnenden zu vermeiden.*

*Nach Aussagen von Schulpsychologen nehmen aber Kontaktstörungen, Ängste, Wohlstandsverwahrlosung mit Selbstverletzungsverhalten, exzessives Medienverhalten, aber auch übertriebener Elternehrgeiz und Überbehütung zu. Wir brauchen dringend unterstützend mehr Schulpsychologen und mehr Schulsozialarbeit, damit an den Schulen sinnvoll präventiv gearbeitet werden kann.“*

### Wie erreichen Sie die LiLi?

Geschäftsstelle der Fraktion:  
Rathaus, Zimmer 305  
Telefon (0611) 315426  
Fax (06 11) 31 59 17  
E-Mail: [lili.fraktion@wiesbaden.de](mailto:lili.fraktion@wiesbaden.de)

Wann sind wir erreichbar?:  
Mo. – Do.: 10–13 Uhr  
Fr.: 10–12 Uhr  
Mi.: 16.30–18.30 Uhr

Unsere Postanschrift:  
65183 Wiesbaden, Schlossplatz 6

Internet:  
[www.linke-liste-wiesbaden.de](http://www.linke-liste-wiesbaden.de)  
[www.fraktion-linke-liste-wiesbaden.de](http://www.fraktion-linke-liste-wiesbaden.de)

Diese Zeitung ist kostenlos – wir freuen uns über Spenden:  
Konto 2164 07 023  
Mainzer Volksbank (BLZ 551 900 00)

Fraktion Linke Liste Wiesbaden  
Ausgabe Frühjahr 2009  
Auflage: 8.000  
Gestaltung: Gottfried Schmidt  
V.i.S.d.P.: Hartmut Bohrer

Lili



Zeitung der  
Fraktion Linke Liste Wiesbaden  
Frühjahr 2009



Hartmut Bohrer, Fraktionsvorsitzender  
der Linken Liste Wiesbaden  
Mail: lili.fraktion@wiesbaden.de

## Geplante Sanierung der Martin-Niemöller-Schule

# Offenbarungseid des Magistrats!

Die Linke Liste hat von Anfang an die Position vertreten, dass für die durch Brandstiftung geschädigte Martin-Niemöller-Schule ein Neubau wirtschaftlicher ist als die vom Magistrat verfolgte Sanierung. Massive Bedenken hatte die Linke Liste vor allem in Bezug auf die Risiken durch alte Baustoffe wie PCB, Verbrennungsrückstände und die in einigen Gebäudeteilen vorhandenen Risse angemeldet.

Auf Antrag der Linken Liste hatte sich der Ausschuss für Schule und Kultur auf einen ständigen Tagesordnungspunkt „Martin-Niemöller-Schule“ geeinigt, unter dem in jeder Sitzung zum aktuellen Sachstand berichtet werden soll. Dieser Punkt fehlte bei der Sitzung am 12. März 2009. Auf Nachfrage des Stadtverordneten Hartmut Bohrer kam dann ein unglaubliches Desaster ans Licht:

**Statt der angekündigten „knapp 4 Millionen“ Kosten für eine Sanierung, wie sie von der Versicherung geschätzt wurden, soll laut Planungen und Schätzungen von Fachleuten**

**etwa das Vierfache(!) notwendig sein – ohne die zusätzlich gewünschte und erforderliche Mensa.**

Das Vorgehen des Magistrats erscheint außerordentlich dilettantisch: Laut Stadträtin Thies soll das Hochbau-Dezernat in die Verhandlungen mit der Versicherung nicht einbezogen worden sein. Dem widersprach allerdings Stadträtin Scholz. Fest steht: Die unmittelbar Betroffenen selbst, also die Martin-Niemöller-Schule, waren über den aktuellen Sachverhalt noch nicht informiert, obwohl dieser der Dezernentin zu diesem Zeitpunkt bereits seit zwei Wochen bekannt war.

Die Linke Liste wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen alles zu unternehmen, damit die Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer der Martin-Niemöller-Schule schnell in ein neues und gesundheitlich unbedenkliches Gebäude umziehen können. Dafür muss der Magistrat jetzt endlich – rund eineinhalb Jahre nach der Brandstiftung! – umgehend eine realistische Planung vorlegen.

# Bürgerhaushalt: Erste Schritte – aber wohin?

Ältere kennen noch den Spruch aus den 90ern „Raiders heißt jetzt Twix – sonst ändert sich nix!“ Was dies mit dem Wiesbadener „Bürgerhaushalt“ zu tun hat, erfährt der geneigte Bürger, wenn er sich mit den Bestrebungen zur Einführung von Bürgerbeteiligung beim Wiesbadener Haushalt auseinandersetzt. Im Februar wurde auf der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung die „Strategie“ der Stadt zur Einführung eines Bürgerhaushalts vorgestellt. Im September 2008 hatte der Magistrat den Auftrag erhalten diese Strategie vorzustellen. Wirklich viel ist jedoch in dieser Zeit nicht geschehen.

Beschlossen wurde nun in der Stadtverordnetenversammlung die Ausweitung der Beteiligung der gewählten Ortsbeiräte an den Haushaltsaufstellungen und -beratungen von drei auf fünf prioritäre Vorschläge für den Wiesbadener Haushalt und die Möglichkeit der Bürger über Internet diese Vorschläge zu kommentieren. Eine in Aussicht gestellte spezielle Internetplattform für den Wiesbadener Bürgerhaushalt soll in Arbeit sein. Zusätzlich sollen die jetzt schon genutzten Wiesbadener Kurierforen genutzt werden um die Bürger über den Haushalt zu informieren. Nach der Haushaltsaufstellung soll durch die Fraktionsvorsitzenden die Rechenschaft über die Umsetzung der Vorschläge der Ortsbeiräte gegeben werden.

Aber von Anfang an: Seit Mitte der 1990er Jahre setzten sich, angefangen in Nordrhein-Westfalen, die ersten Bürgerhaushalte in deutschen Kommunen durch. Aber schon hier hatte sich gezeigt, dass die alleinige Anhörung von Bürgerinnen und

Bürgern sowie die bloße Abstimmung über einzelne Vorschläge auf minder vorbereiteten Versammlungen keine wirkliche Qualität von Beteiligung aufweisen. Der Anspruch direkter Beteiligung der Einwohnerschaft an den kommunalen Haushalten bedeutet mehr denn je eine Kultur des Zugehens der Verwaltung und Politik auf die Bürgerinnen und Bürger und eine konkrete Beteiligung der Bürgerschaft durch Einbringen und auch Aushandeln von eigenen Vorschlägen. Gerade diese verbindlich und konkret geführte öffentliche Debatte über die Qualität aber auch Notwendigkeit von öffentlichen Leistungen sind die Vorteile des Bürgerhaushalts gegenüber anderen Partizipationsformen. Im jetzigen Strategiepapier findet sich leider dieser Aspekt des Bürgerhaushalts kaum wieder.

Hier stellt sich die Frage, ob überhaupt der Wille besteht die Bürgerschaft an der Rahmensezung des Bürgerhaushalts ernsthaft und verbindlich zu beteiligen. Wieweit der Vorbildcharakter Kölns gegeben ist, muss stark bezweifelt werden. Hier irrt der Magistrat, wenn er meint er könne eine reale Beteiligung der Bürgerschaft erreichen, wenn der einfache Bürger im Endeffekt die Vorschlagsliste der Ortsbeiräte nur abnicken oder ablehnen kann, statt wirklich nach Alternativen zu suchen. Auch wäre es eine Handlungsoption gewesen, statt den Diskussionsprozess auf die Ortsteile und zwei Foren zu verlagern, die verständliche Investitionsplanung der Stadt Wiesbaden als Beteiligungsthema zu wählen. Warum haben denn die BürgerInnen kein Recht auf die

Lili



Zeitung der  
Fraktion Linke Liste Wiesbaden

4

Frühjahr 2009

Entscheidung über die Sanierung oder den Neubau von Straßen und Spielplätzen, geschweige denn von Kindergärten und Schulen? Diesen Fragen muss sich der Wiesbadener Magistrat stellen, da er nur halbherzig den Bürgerhaushalt in Angriff nimmt. Es sind Fragen, die jetzt zu diskutieren sind.

Betrachten wir den ersten in Deutschland erfolgreich gestarteten Bürgerhaushalt, so zeigt gerade das Beispiel Berlin-Lichtenberg (ein Bezirk mit 230.000 Einwohnern), dass eine Einführung des Bürgerhaushalts nur funktionieren kann, wenn Bürgerschaft, Politik und Verwaltung von Beginn des Prozesses an in einen gemeinsamen Dialog eingebunden sind und so nach Rahmen, Möglichkeiten und Regularien eines Beteiligungshaushaltes suchen und entscheiden. In der Vorlage des Magistrats ist hierzu nichts zu lesen. In Lichtenberg wurde damals zudem eine gemeinsame und von allen getragene Zielstellung und Vision in Werkstattgesprächen, Vereinen und öffentlichen Diskussionen erarbeitet. Auch dies ist bislang in Wiesbaden nicht zu finden.

Auch gehört zu einem Bürgerhaushalt, dass Bürgerschaft, Politik und Verwaltung „die gleiche Sprache“ sprechen und finden. Sie soll gerade dazu dienen, dass über die „üblich verdächtigen Beteiligungseliten“ hinaus auch Bürgerschaft aktiviert wird. Es soll also nicht nur der pensionierte Regierungsdirektor, Lehrer und rüstige Rentner an solchen Diskussionen teilnehmen, sondern auch gerade die geringer Beteiligten wie alleinerziehende Elternteile, Migrantinnen und Migranten oder Alg-II-Empfängerinnen und -Empfängersollen am Diskussionsprozess beteiligt werden. Auch dieser Aspekt guter Beteiligung fehlt in den strategischen Überlegungen des Wiesbadener Magistrats. Ohne solche Instrumente wie die gezielte Ansprache und Beteiligung von strukturell benach-

teiligten Gruppen werden somit die Fehler anderer Beteiligungsmöglichkeiten wiederholt. Zu dieser gezielten Ansprache gehört jedoch nicht nur das Bestreben nach Kommunikation, sondern auch die Verständlichkeit. Wieweit da die doppische Haushaltsführung an sich ein geeignetes Instrument ist, um jeder und jedem den kommunalen Haushalt zu erklären, darf bezweifelt werden. Zweifellos ist zumindest eine sehr bürgernahe Übersetzung des Haushaltsplans nötiger denn je, um alle Menschen in den Beteiligungsprozess einzubeziehen und sie nicht an Verfahrenshürden und Spezialistenwissen scheitern zu lassen.

In diesem Sinne ist es schon abenteuerlich, wenn der OB Dr. Müller erklärt, „dass die Stadt Wiesbaden bereits wesentliche Bestandteile eines Bürgerhaushaltes realisiert hat.“ Mehr als eingeschränkte Beteiligung der Ortsteilbeiräte und die Möglichkeit der Bewertung von deren fünf ausgewählten Vorschlägen durch die Bürgerschaft via Internet ist noch nicht gegeben. Die Bürgerschaft hat also nicht einmal das Recht, einen eigenen Vorschlag direkt einzubringen, geschweige auf Versammlungen gemeinsam mit anderen Menschen zu diskutieren. Auch fehlt ein gemeinsames Leitbild für den Wiesbadener Bürgerhaushalt, das ein Fundament für einen von allen getragenen Beteiligungsprozess werden könnte. Betrachtet man den Diskussionsstand bis jetzt, besteht die Befürchtung, dass bis auf ein paar Hochglanzbroschüren, netten Podien und eine Internetseite kaum etwas vom „Bürgerhaushalt“ übrigbleibt.

Der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung sollten wirklich gemeinsam mit der Bürgerschaft einen neuen Anlauf für einen wirklichen Bürgerhaushalt wagen, damit nicht der Bürgerhaushalt zu einem „Bürgermeisterhaushalt“ der netten Reklameheftchen und Wohlfühlparolen verkommt.

## Recht und Gesetz im „Bauhaus“

**Die „Hessische Gemeinde-Ordnung“ (HGO) ist ein Landesgesetz zur Regelung der politischen Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden unseres Bundeslandes. Sie schreibt unter anderem in § 35 bindend vor, dass kein Mandatsträger an der Ausübung seines Mandates gehindert werden darf. Die Missachtung ist strafbar.**

Ein Mandat ist z. B. die Mitgliedschaft in einem Ortsbeirat. LiLi-Aktivist Hans-Jürgen Geissler ist gewähltes Mitglied des Ortsbeirates Mitte. In dieser Funktion hat er manchmal Termine zu unterschiedlichen Zeiten wahrzunehmen. Er ist aber auch „Hartz-IV-Betroffener“ und war zuletzt im Gebrauchtgüter-Kaufhaus „Fast wie neu“ von „Bauhaus“ zu 1-Euro-Tätigkeiten eingesetzt. (Die Einstellung war übrigens in rechtswidriger Weise ohne Personalratsbeteiligung vollzogen worden.)

Seine Ortsbeiratstermine hat Hans-Jürgen Geissler dem Bauhaus stets ordnungsgemäß nachgewiesen. Ab und an bat er wegen weiterer ehrenamtlicher Tätigkeiten – er ist Mitglied im Bezirks- und Landeserwerbslosenausschuss von ver.di – um Urlaub, der auch gewährt wurde. Dann wurde ihm unerwartet gekündigt (wieder rechtswidrig, ohne Personalratsbeteiligung) und es wurden im Zeugnis über seine Tätigkeit bei Bau-

haus falsche Behauptungen über seine Urlaubsanträge und „privaten“ Ortsbeirats-Tätigkeiten gemacht.

**Wer ist dafür verantwortlich? Wer haftet dafür? Unqualifiziertes Führungspersonal? Die „Firma Bauhaus“? Deren Eigentümer (allen voran die Landeshauptstadt Wiesbaden)?**

**Wie oft müssen wir noch Rechtsbrüche bei Bauhaus anprangern?**



Da muss man ja wollen!

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

E-Mail:

Einsenden bzw. faxen (06 11) 31-59 17 an Fraktion Linke Liste, Rathhaus, Schlossplatz 6, 65183 Wiesbaden  
E-Mail: lili.fraktion@wiesbaden.de

Sie müssen ...

Dann senden wir Ihnen Infomaterial zu, laden Sie zu Versammlungen ein und schicken Ihnen diese Zeitung in Zukunft sogar nach Hause!

... nur wollen!

Hans-Jürgen Geissler, Mitglied der Linken Liste im Ortsbeirat Mitte

LiLi



Zeitung der Fraktion Linke Liste Wiesbaden  
Frühjahr 2009

# Stadt setzt kein Zeichen gegen Neonazimodemarke



Mechthilde Coigné, Stadtverordnete der Linken Liste Wiesbaden  
Mail: lili.fraktion@wiesbaden.de

Bereits in unserer letzten Ausgabe hatten wir von der Tendenz der übrigen in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Fraktionen berichtet Links und Rechts in einen Topf zu werfen. Im September war eine Resolution der Linken Liste gegen die neofaschistischen Tendenzen in der Stadt Wiesbaden durch eine Resolution gegen „jede Form des Extremismus“ ersetzt worden. Im Februar 2009 ging die Auseinandersetzung in eine neue Runde.

Wie einem Newsletter der Modemarke Thor Steinar vom 12. November 2008 zu entnehmen war, bemühen sich deren Betreiber um Verkaufsräume zwischen 80 und 100 m<sup>2</sup> in allen Landeshauptstädten und versprechen einen Warengutschein über 1000 Euro für eine erfolgreiche Vermittlung.

Die Modemarke Thor Steinar wurde 2002 registriert und wird seit 2003 durch die Firmen „Mediatex GmbH“ und „Protex GmbH“ mit Sitz in Königs Wusterhausen, bzw. Zeesen/Brandenburg, vertrieben. Im Jahr 2005 gab die Mediatex GmbH ihren offiziellen Jahresumsatz mit zwei Millionen an. Geschäftsführer sind Axel Kopelke und Uwe Meusel. Kopelkes 1997 gegründeter Laden „Explosiv“ in Königs Wusterhausen entwickelte sich schnell zu einem Anlaufpunkt der regionalen Neonazijugendzene. Zahlreiche rechtsstehende Jugendliche absolvierten dort ihre Schulpraktika. Meusel antwortete auf eine Anfrage zu seiner Haltung zur Neonaziszene: „Ich muss mich hier nirgendwo distanzieren“.

Ein ehemaliger Mitarbeiter von Thor Steinar, Udo Siegmund, vertreibt heute die Neonazimodemarke „Erik & Sons“. Ihm werden Kontakte zur militanten Neonaziszene in Schweden und dem in Deutschland verbotenen Neonazi-Netzwerk „Blood & Honour“ nachgesagt.

Das Hauptgeschäft mit Thor Steinar läuft über das Internet. In den letzten beiden Jahren wurden jedoch zunehmend auch Ladengeschäfte eröffnet. Nach starken Protesten von Anwohnern, Gewerbetreibenden und AntifaschistInnen wurde der Mietvertrag der Protex GmbH für den kurz zuvor eröffneten Thor-Steinar-Laden „Tonsberg“ in Berlin-Mitte im Februar 2008 gekündigt. Ähnliche Vorgänge gab es im Zusammenhang mit Läden am Berliner Alexanderplatz, in Leipzig, Magdeburg, Dresden und zuletzt in Hamburg und Nürnberg. In Hamburg wurden Gerüchten zufolge stolze 800.000 Euro Abfindung an die Protex GmbH gezahlt.

Was macht Thor Steinar so gefährlich? Viele Kleidungsstücke unterscheiden sich kaum von handelsüblicher Sport- oder Freizeitbekleidung. Das Design greift aktuelle Modetrends auf und stellt über mehrdeutige Symbole einen Bezug zur neonazistischen Szene her. Die Anspielungen sind meist so gestaltet, dass sie diese Neonazibezüge auf den ersten Blick nicht erkennen lassen. So spricht Thor Steinar Menschen an, die die subkulturellen Codes lesen und interpretieren können und ermöglicht ihnen ihre politische Einstellung von vielen unbe-

merkt nach außen zu tragen. Der Neofaschismus findet so Eingang in den Mainstream.

Im Thor Steinar-Sortiment lassen sich eindeutige Bezüge zu Gewalt, Kolonialismus, nationalsozialistischer Ideologie und zu „mythisch-nordischer“ Symbolik finden. Der Name Thor Steinar ist u.a. angelehnt an Felix Steiner, dessen 5. SS-Panzer-Division „Wiking“ u.a. 1941 an der Ermordung von 600 Juden in Galizien verantwortlich war.

Das ursprüngliche Thor Steinar Logo wurde 2004 wegen Verstoß gegen §86a StGB verboten: Es beinhaltet die Tyr- und Sowilo-Runen, die beide während der NS-Zeit verwandt wurden und in der von Thor Steinar kombinierten Form bei einer Drehung im Uhrzeigersinn eine Doppel-Sieg-Rune erkennen ließen, deren Verwendung ebenfalls in Deutschland verboten ist.

Aufgrund des Verbots wurde ein neues Logo eingeführt, welches als juristisch unbedenklich eingestuft wurde, obwohl die darin enthaltene Geborune als vereinfachte Darstellung des Hakenkreuzes gedeutet werden kann. Dies wird auch deutlich bei der an die Reichskriegsflagge angelehnten Thor Steinar-Flagge, die eben jenes Logo beinhaltet.

Im Sortiment finden sich reihenweise Namen von SS-Divisionen und SA-Einheiten, sowie mit „Nordmark“ der Name eines „Arbeitserziehungslagers“ nahe Kiel. Da auf andere Motive in diesem Rahmen nicht näher eingegangen werden kann, empfehlen wir die sehr ausführliche Kollektionsanalyse in der Broschüre „Investigate Thor Steinar“ (Kostenloser Download: <http://investigatethorsteinar.blogspot.de/download/>)

Diese Ausführungen zeigen: Zu Recht ist das Tragen von Thor Steinar Kleidung im deutschen Bundestag und zahlreichen Fußball-Bundesligastadien inzwischen verboten. Aufgrund der Verwendung der norwegischen Flagge auf zahlreichen Kleidungsstücken hat die norwegische Botschaft übrigens Thor Steinar wegen „widerrechtlicher Verwendung staatlicher Hoheitszeichen“ angezeigt. Der Gesandte des Staates Norwegen, Andreas Gaarder, erklärt dazu: „Wir wollen, dass unsere Staatsflagge, als Symbol des demokratischen Norwegens, nicht weiter in Verbindung mit dem rechtsextremen Milieu gebracht wird“.

Für die Linke Liste ist in Anbetracht all dessen klar: Neofaschistisches Handeln und Denken darf nicht ignoriert, sondern ihm muss aufmerksam und offensiv entgegengetreten werden. Die Landeshauptstadt Wiesbaden wäre deshalb gut beraten, sich den Bestrebungen, in allen Landeshauptstädten ein Geschäft zu eröffnen, von vornherein entschlossen entgegen zu stellen und dafür zu sorgen, dass sich keine Gewerberäume für totalitäre, rassistische und menschenverachtende Ideologie in Wiesbaden finden lassen. Darauf zielte der Antrag der Linken Liste, den sie im Februar im Stadtparlament stellte.

Was machte die Koalition aus CDU, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP daraus? Sie strich alle konkreten Punkte aus dem Antrag hinaus und begnügte

Lili



Zeitung der Fraktion Linke Liste Wiesbaden

sich erneut mit einer allgemeinen Erklärung „gegen Extremismus von Rechts und Links“. Die heftigen Redebeiträge zeigten dabei erneut eines deutlich: Laut CDU steht der Feind links. Rechte Tendenzen werden immer wieder verharmlost. Sehr interessant waren in diesem Zusammenhang auch die Aussagen des CDU-Fraktionsvorsitzenden Bernhard Lorenz: Der Antrag der Linken Liste sei als geschäftsschädigend zu bewerten und jeder habe seiner Meinung nach das Recht zu kaufen, was und wo er wolle.

## Onkelz-Partys in Wiesbaden

Fanden so genannte Onkelz-Partys vormals überwiegend im Rheingau-Taunus-Kreis statt, haben sie inzwischen auch Wiesbaden erreicht: Es sind zwei solcher Partys bekannt. Eine davon fand im Route 66 statt und wurde nachweislich von Neonazis aus Wiesbaden und dem Rhein-Main-Gebiet besucht. Bei der anderen Lokalität handelt es sich um das Session.

Onkelz-Partys dienen vor allem im ländlichen Raum zur Rekrutierung von jungen Neonazis. Wenn man auch nicht sagen kann, dass jeder, der Onkelz hört, rechts ist, so gilt doch der Umkehrschluss: Fast jeder Neonazi hört Onkelz. Nach ihrer angeblichen Läuterung bis zur Auflösung hat die Frankfurter Band zwar keine eindeutig rechten Lieder mehr veröffentlicht, das kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie nach wie vor ein rechtes Lebensgefühl vermitteln: Wir gegen den Rest der Welt. Die Feindbilder wurden teils klar benannt („Antifa ihr könnt mich mal“), teils aber auch bewusst offen gelassen und können so von der Hörschaft nach Gutdünken hineininterpretiert werden – ob der Staat, die Medien, Ausländer oder die „jüdische Weltverschwörung“.

Deshalb ist klar: Die Inszenierungen von Onkelz-Partys nun auch in Wiesbaden muss ernst genommen werden und ist ein weiteres Indiz für die verstärkten Neonaziaktivitäten in unserer Stadt.

## Ortsbeirat Wiesbaden-Mitte:

### Taxihalt im Abseits

Wegen der städtebaulichen „Verschönerungsarbeiten“ am neuen Dernschen Klotz auf dem Gelände des ehemaligen Polizei-Präsidiums musste auch der Taxihalteplatz verlegt werden. Herumirrende Kunden finden ihn jetzt vielleicht endlich wie schon länger versprochen vor der Sparda-Bank Friedrichstraße / Ecke Bahnhofstraße oder aber immer noch gut versteckt (und wegen der größeren Wegstrecke über die Wilhelmstraße mit deutlich höherem Fahrpreis versehen) zwischen Landtag und Marktkirche.

Für ältere oder gehbehinderte Fahrgäste ist das Letztere eine unzumutbare Odyssee, zumal die Beschilderung vom alten zum provisorischen neuen Halteplatz völlig unzureichend ist.

## Wir dokumentieren:

### Änderungsantrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 12. Februar 2009

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Die Landeshauptstadt Wiesbaden lehnt jegliche Förderung neonazistischen extremistischen Gedankenguts ganz entschieden ab und wird alles in ihrer Möglichkeit Stehende tun, um die Etablierung von Firmen, die neonazistisches extremistisches Gedankengut und entsprechenden Handlungen fördern, im Stadtgebiet zu verhindern.
2. [Streiche] Der Magistrat wird gebeten eine Empfehlung zu erarbeiten, die zum Ziel hat, dass mit den Firmen Mediatex GmbH und Protex GmbH keinerlei Vertragsverbindungen eingegangen werden. Die Empfehlung soll breit publiziert werden, insbesondere an Eigentümer von Gewerbeflächen und Immobilienmakler.
3. [ERGÄNZE] Gemäß der bisherigen Wiesbadener Linie werden das Stadtparlament und der Magistrat gemeinsam auch weiterhin jeglicher Form von politischem Extremismus entschieden gegegenen. (...)

## Extremismusdebatte trägt bittere Früchte

Die Diskreditierung linker Gruppierungen hat in Wiesbaden ein neues Opfer gefunden: Der Infoladen linker Projekte in der Werderstraße, zu dessen Trägerkreis u.a. auch die Linke Liste gehört, bekommt seit nunmehr etwa einem Jahr, mit Verweis auf angeblich extremistische Personen und Gruppierungen, die dort verkehren, keine städtischen Mittel mehr und soll in Zukunft von den Kulturtagen Westend, an dem er bislang wie selbstverständlich teilgenommen hat, ausgeschlossen werden.

Dadurch entsteht dem Infoladen ein Defizit, das er nicht aus eigener Kraft stemmen kann.

Die Linke Liste ruft deshalb auf:

- Zeigen Sie Solidarität mit dem Infoladen linker Projekte: Spenden Sie oder buchen Sie den Infoladen für eine private Feier

Kto 9314407 „Jugendbüro und Werkhof e.V.“  
Wiesbadener Volksbank (BLZ 51090000)

Infoladen linker Projekte, Werderstraße 8,  
65185 Wiesbaden, Telefon 0611-440664

Für das Taxipersonal andererseits ergibt sich dadurch nicht nur ein deutlicher Verlust an Umsatz, sondern auch an Stellfläche.

Bei all den Investitionen der Stadt in den auswärtigen Investor des Dernschen Klotz wäre etwas mehr Zuvorkommen auch gegenüber dem heimischen Kleingewerbe und der Bürgerschaft angebracht.

### AG Gesundheit und Umwelt bei LiLi

Damit die heimlichen Gesundheitsgefahren (nicht nur) in Wiesbaden ein bisschen mehr Öffentlichkeit erfahren, hat sich jetzt bei der LiLi-Rathausfraktion eine neue Arbeitsgruppe mit dem Namen „Gesundheit und Umwelt“ gegründet: MitarbeiterInnen, SympathisantInnen, Interessierte etc. sind herzlich willkommen!



Zeitung der  
Fraktion Linke Liste Wiesbaden  
Frühjahr 2009



Sam Ceesy, zu Beginn 2009  
Praktikant bei der Fraktion Linke Liste

# Mein Praktikum bei der Linken Liste (LiLi) Wiesbaden

In meiner Abschlussbesprechung mit meiner Betreuerin Evi Zell fiel mir auf die Frage, was mir denn nicht so gut gefallen habe, fast nichts ein. Im Großen und Ganzen habe ich einen sehr guten Eindruck von der Kommunalpolitik und der Arbeit in einer Fraktion erhalten können.

Nicht jeder hat die Gelegenheit die Politik auf kommunaler Ebene näher kennen zu lernen und ohne Zweifel ist die Politikverdrossenheit bei kommunalen Angelegenheiten erschreckend hoch. Ehrlich gestanden wusste ich vor meinem Praktikum fast nichts über die politische Situation in Wiesbaden. Weder kannte ich den Namen unseres Oberbürgermeisters, noch wusste ich, dass die Republikaner im Stadtparlament vertreten sind. Und auch wie die Stadt eigentlich verwaltet wird, wusste ich überhaupt nicht.

Für mich als politisch interessierten Jugendlichen war es deshalb sehr sinnvoll ein Praktikum im Rathaus zu machen. Ich wurde sehr gut aufgenommen und stieß auch auf viel positive Resonanz. Persönliche Probleme mit den Leuten bei der Linken Liste gab es gar nicht. Ich kann nicht sagen, woran es liegt, aber irgendwie sind alle „Linken“ die ich kennen lerne, egal ob bei [solid], der Linken oder bei der Linken Liste, extrem sympathische und aufgeschlossene Menschen. Das Klima dort war wirklich sehr angenehm, sogar ein wenig angenehmer als in meiner Klasse und ich finde es schade, dass das Praktikum bereits vorbei ist.

Die Zeit dort verging wie im Flug. Ich hatte meistens etwas zu tun, was auch einigermaßen sinnvoll war, hatte jede Menge zu trinken, und konnte viel über Themen lernen, die mich interessieren.

Andererseits muss ich ehrlich sagen, dass mir die bürokratischen Aufgaben nicht all zu sehr am Herzen liegen. Aber mir ist klar, dass auch diese Aufgaben dazugehören, und ich bin auch froh, diese Seite der Politik kennen gelernt zu haben.

In der ersten Woche ging es relativ ruhig zu. Es fanden keine Ausschüsse statt und auch sonst nichts Besonderes. Da hätte ich mir mehr abwechslungsreiche Aufgaben gewünscht. Im Kontrast zur ersten Woche habe ich auch Momente erlebt, die richtig stressig waren. Wenn man in so einer kleinen Fraktion arbeitet, kann man sich die Aufgaben natürlich weniger aufteilen und muss selbst mehr tun. Meine Betreuerin Evi musste nebenbei natürlich die ganze Zeit arbeiten, aber dafür hatte ich selbstverständlich Verständnis. Auch hätte ich mir gewünscht, mehr mit den Abgeordneten, allen voran Hartmut Bohrer, zu sprechen. Aber wie bereits erwähnt, hatten alle immer reichlich zu tun.

Gut fand ich auch, dass meine Arbeitszeiten dort ziemlich flexibel waren. Man hätte eventuell mehr kreative Aufgaben erledigen können, aber das kann man wohl pauschal als Kritik für so ziemlich jeden Bereich des Lebens einbringen. Im Grunde kann ich reinen Gewissens sagen, dass es mir dort sehr gut gefallen hat. Alle Leute dort waren sehr nett, es gab viel zu tun, und ich konnte sehr viel Wertvolles lernen. Dieses Praktikum war eine äußerst positive Erfahrung für mich, aus der ich

viel wertvolles für mein späteres Leben lernen konnte.

## Kann ich mir vorstellen, diesen Beruf später einmal auszuüben?

Es ist allgemein bekannt, dass ich mich sehr für Politik interessiere. Ich habe das Ziel, mich später weiterhin auf irgendeine Weise politisch zu engagieren, fest im Blick. Die Frage ist nur in welcher Form. Während meines Praktikums und auch durch verschiedene andere Aktivitäten konnte ich schon einige interessante Einblicke in die Politik bekommen.

Ich muss wirklich sagen, dass man es als Linker alles andere als leicht hat. Besonders während des Wahlkampfes habe ich mitbekommen, wie man als Linker behandelt wird. Auf die bürgerlichen Medien kann man sich ohnehin nicht verlassen. Diese zitieren einen oft einfach falsch, laden einen einfach nicht zu verschiedenen Diskussionsrunden ein, kommen auch nicht zu den Pressekonzerten, verleumden einen auch gerne mal usw. Ein Journalist sagte einmal ganz ehrlich, dass die Presse sich einfach nicht so sehr für solche Dinge interessiere, und dass man viel lieber davon berichte, wenn es der Linken irgendwie schlecht geht.

Deswegen muss man sich umso stärker an der Basis verankern, d.h. Straßenwahlkampf betreiben usw.! Dort wird man dann von Fremden beleidigt, beschimpft, beschuldigt usw. Die meisten Menschen setzen sich einfach nicht wirklich mit der Linken auseinander, sie sehen nur das Bild von der „Stasi-Partei“ vor sich. Man hat es wirklich nicht leicht. Wenn dann sogar ein Sozialdemokrat wie Franz Müntefering die Politik der Linken als national und sozial (vergleiche: nationalsozialistisch) bezeichnet, dann wird klar, wie polemisch man mit der Linken umgeht. Andererseits wird die Linke stärker. Man schaffte es nicht, sie aus dem Landtag zu halten. Dabei gibt der Gedanke, dass die Linke schon aktiv für Veränderungen gesorgt hat (Studiengebühren z.B.) mir sehr viel Kraft und Lust weiter zu kämpfen.

Allerdings ist es so, dass ich mir kaum vorstellen kann, hauptberuflich in die Politik zu gehen. Um dort Geld zu verdienen, müsste ich mich in den Landtag oder den Bundestag wählen lassen. Durchaus nicht das realistischste Vorhaben, aber auch keineswegs unmöglich.

Besonders während des Praktikums habe ich gemerkt, was Politik machen wirklich bedeutet. Viel zu oft geht es nicht um Inhalte, sondern darum, welche Kontakte du hast. Politik heißt vor allem auf kommunaler Ebene Kontakte knüpfen und Netzwerke bilden. Es ist schrecklich viel mühsame Kleinarbeit. Aber dann gibt es immer wieder jene Momente, in denen man wirklich etwas erreicht, und schon für diese Momente lohnt es sich, politisch aktiv zu bleiben. Ich denke nicht, dass ich hauptberuflich Politiker werde, aber ich

## AK Bürgerbeteiligung

Der Arbeitskreis Bürgerbeteiligung der Linken Liste trifft sich im Büro der Linken Liste (Raum 305) im Rathaus, Schlossplatz. Die nächsten Treffen des Arbeitskreises Bürgerbeteiligung können im Fraktionsbüro (Telefon 31 54 26) erfragt werden.

**LiLi**



Zeitung der  
Fraktion Linke Liste Wiesbaden

kann mir durchaus vorstellen, mich nebenbei zu engagieren, wo ich kann. Da ich mich selbst als vernünftigen Menschen einschätze, gehe ich mal davon aus, dass ich mir noch ein sicheres berufliches Standbein suchen werde. Hier könnte ich mir Bereiche wie Psychologie, Journalismus oder Philosophie (auch wenn man als Philosoph heutzutage mehr oder weniger nutzlos scheint) vorstellen. Aber Politik wird immer zu meinen Interessen zählen und ich werde meine Ideale von einer besseren, solidarischen, gerechten und vor

allem FREIEN Welt nicht aufgeben. Und wenn es das Universum so will, werde ich ja vielleicht doch hauptberuflich in die Politik gehen. Lassen sie mich diesen Bericht mit einem Zitat beenden, um damit vielleicht meine utopischen, sozialistischen (korrekt hieße es sozial-libertären) Ansichten verständlicher zu machen.

**Bertholt Brecht sagte einmal: „Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft, der hat schon verloren!“**

Sam Ceesay

## Linke Liste verhindert gemeinsam mit Betroffenen Streckenführung der Linie 18 über den Straßenmühlweg Bürgerprotest wirkt!

Seit 2007 wurde durch ein Ingenieurbüro eine Fortschreibung des Nahverkehrsplans der Landeshauptstadt Wiesbaden erarbeitet. Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden hat diesen Nahverkehrsplan auf ihrer Sitzung am 30. April 2008 beschlossen. Dieser Beschluss stieß auf den Widerstand von Anwohnerinnen und Anwohnern des Straßenmühlwegs, die bei einer entsprechenden Umsetzung eine Beeinträchtigung ihres Geschäftsbetriebs, der Natur- und Umwelt, der Naherholungsfunktion des Gebietes um den Straßenmühlweg und der Schrebergärten sahen.

Frau Therese Schmelz, Inhaberin der Pension Schmelz, wandte sich mit einem Schreiben an die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden. Inhaltlich hatte sich für Frau Schmelz die Fraktion Linke Liste am intensivsten mit der Fragestellung befasst und sie wandte sich deshalb an unser Rathausbüro.

Manuela Schon nahm die Beschwerde entgegen und sicherte Frau Schmelz zu, dass sich die Fraktion der Angelegenheit annehmen wird. Sie gab die Beschwerde an das Mitglied im Ortsbeirat Rheingauviertel-Hollerborn, Anita Lexau, weiter. Anita Lexau prüfte im Rahmen von Ortbegehungen und zweier Ortstermine mit Frau Schmelz und dem Inhaber der Gaststätte Straßenmühle, Herrn Dusko Katana-Lukic, den Sachverhalt und schlug ein mehrgleisiges Vorgehen vor: Es sollte ein Bürgerprotest organisiert sowie Anträge in den Ortsbeirat und in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht werden. Sie stellte ihr Konzept bei einer Versammlung der „Anlieger-Initiative Straßenmühlweg“ im Restaurant Straßenmühle vor.

Der Inhaber der Gaststätte Straßenmühle richtete ein Internet-Forum ein und bat hierfür um Unterstützung. Parallel wurden Unterschriften gegen die Verlegung der Buslinie 18 durch den Straßenmühlweg gesammelt.

Anita Lexau reichte dann zur Unterstützung der Position der Anlieger-Initiative einen Antrag für die Ortsbeiratssitzung am 26. August 2008 ein und bat hierbei den Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden, dem Ortsbeirat den Sachstand der Planungen zum Nahverkehrsplan mitzuteilen. Gegen das Planungskonzept führte sie folgende Gründe an:

- umwelt- und naturschutzfachliche Gründe
- gesellschaftspolitische Gründe (Beeinträchtigung der Sozialfunktion des Gebietes)

- ein sich nicht mehr rechnendes Kosten- und Nutzenverhältnis der für die Verlegung erforderlichen Baumaßnahmen
- Beeinträchtigung der Erholungsfunktion der Kleingartenanlage
- Beeinträchtigung der Besucher des Biergartens, die Erholung und Entspannung suchen
- Gefährdung einer wirtschaftlichen Betriebsweise der angrenzenden Minigolfanlage
- Beeinträchtigung der Integrationsfunktion der Kleingartenanlage
- größere Gefährdung der Kinder, die auf dem Spielplatz der Gaststätte Straßenmühle spielen

### Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Im September 2008 veranstaltete die Anlieger-Initiative an einem Samstag in der Gaststätte Straßenmühle einen Infonachmittag, bei dem gegen einen Ausbau des Straßenmühlwegs aufgeklärt und weitere Unterschriften gesammelt wurden. Die Unterschriftenliste der Protestaktion wurde dem Dezernenten für Stadtentwicklung und Verkehr, Stadtrat Prof. Dr. Ing. Joachim Pös, übergeben.

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden am 13. November 2008 stellte die Stadtverordnete Mechthilde Coigné (Linke Liste) folgende Fragen:

*„Wie beurteilt der Magistrat die vorgebrachten Bedenken von 494 BürgerInnen gegen den Ausbau des Straßenmühlwegs? Was wird der Magistrat in dieser Angelegenheit unternehmen?“*

**In seiner Antwort teilte Stadtrat Prof. Pös mit, dass aus technischen und finanziellen Gründen und auch aufgrund der Bedenken der Anlieger nach derzeitigem Sachstand bis auf weiteres keine Umsetzung der Maßnahme vorgesehen sei. Die Anbindung des Künstlerquartiers könne auch via Schleifenfahrt der Linie 18 erreicht werden.**

Dieser großartige Erfolg zeigt: Bürgerprotest vor Ort wirkt! Für die Linke Liste hat sich wieder einmal bestätigt: Parlamentarischer Druck aus der Opposition heraus kann nur dann funktionieren, wenn die Bürger/innen aktiv werden und ihren Protest organisieren. Ein einfaches „Wegstimmen“ durch die Koalitionsfraktionen ist dann nicht mehr möglich. Linke Politik zeichnet sich dadurch aus, dass sie sich nicht als Stellvertreterpolitik versteht, sondern politische Ziele durch Bündnisarbeit zu erreichen versucht.

### Die Stadtverordneten und deren Zuständigkeiten in Ausschüssen (fett = mit Stimmrecht):

**Hartmut Bohrer:**  
Ältestenausschuss; Gesundheit; Revision; **Schule und Kultur.**  
Mail: [www@hartmutbohrer.de](mailto:www@hartmutbohrer.de)

**Mechthilde Coigné**  
Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration; **Frauenangelegenheiten; Freizeit und Sport.**  
Mail: [coigne.mechthilde@web.de](mailto:coigne.mechthilde@web.de)

**Jürgen Becker**  
Umwelt und Sauberkeit; Planung, Bau und Verkehr; **Soziales; Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung.**  
Mail: [j.becker-erbenheim@online.de](mailto:j.becker-erbenheim@online.de)



Anita Lexau, Mitglied der Linken Liste Wiesbaden im Ortsbeirat Rheingauviertel-Hollerborn



Zeitung der  
Fraktion Linke Liste Wiesbaden  
Frühjahr 2009 9

# „Stolpersteine“ für Anneliese und André Hoewel in der Herderstraße Widerstand bis zum bitteren Ende

André Hoewel trat 1932 mit seiner Frau Anneliese der KPD bei. Anneliese Hoewel wurde 1934 zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Fotos: privat



Liebe Leserinnen und Leser,

es ist es uns nicht möglich, alle Informationen in wünschenswerter Ausführlichkeit in unserer Zeitung darzustellen.

Glücklicherweise gibt es aber das Internet; dort sind u.a. alle unsere Anträge, Anfragen und Beschlüsse im Wortlaut wiedergegeben.

**Schauen Sie doch mal rein.**

Und ganz besonders freuen wir uns über alle, die an konkreter Mitarbeit interessiert sind: Auch hier hilft das Internet zur Kontaktaufnahme weiter:

[www.fraktion-linke-liste-wiesbaden.de](http://www.fraktion-linke-liste-wiesbaden.de)

**Lili**



Zeitung der  
Fraktion Linke Liste Wiesbaden

10

Frühjahr 2009

In Trier und Koblenz wurden bereits Straßen nach dem Widerstandskämpfer André Hoewel benannt. In der Wiesbadener Herderstraße, wo er mit seiner Frau Anneliese einige Jahre gelebt hat, werden nun Stolpersteine verlegt.

„In mancher Stunde habe ich mir Vorwürfe über meine zeitweise Verzagtheit gemacht und die Unfähigkeit, mit den Schwierigkeiten umzugehen“, schrieb die Wiesbadenerin Anneliese Hoewel 1936 aus dem Gefängnis an ihren Mann André. „Aber ich habe erfahren müssen, dass mit dem Wachsen der Schwierigkeiten auch der Mensch als solcher wächst.“ Obwohl sowohl Anneliese als auch André Hoewel mehrmals inhaftiert wurden, gaben sie ihren Kampf gegen das NS-Regime nie auf.

André Hoewel, in Trier geboren, studierte Volkswirtschaft. Doch als er sein Studium aus finanziellen Gründen nicht fortsetzen konnte und die Inflation seinen Arbeitsplatz gefährdete, wanderte er in die Vereinigten Staaten aus. Dort sammelte er kaufmännische Erfahrungen und kehrte als leitender Angestellter einer amerikanischen Firma nach Deutschland zurück. Anneliese, in einem katholischen Elternhaus in Köln aufgewachsen, ging in den „Goldenen Zwanzigern“ als Sekretärin nach Berlin. Dort traf sie André Hoewel – kurze Zeit später heirateten beide. Als André eine führende Position bei Opel in Rüsselsheim erhielt, zog das Ehepaar 1930 nach Wiesbaden. Massenentlassungen und die Weltwirtschaftskrise machten die Schwächen des kapitalistischen System deutlich. Beide taten das aus ihrer Sicht einzig Richtige: Sie traten 1932 der Kommunistischen Partei (KPD) bei. So verteilte Anneliese beispielsweise Brötchen an Arbeitslose, die gegen die Kürzung ihrer Unterstützung demonstrierten und leitete die Frauengruppe der KPD in Wiesbaden, während André Delegierter der Angestell-

ten in der Revolutionären Gewerkschaftsopposition wurde.

1933 dann der Machtwechsel: Die Nationalsozialisten – bereits 1933 hatte das Ehepaar Hoewel erklärt, Hitler bedeute Krieg – versuchten nun massiv, ihre politischen Gegner, also Kommunisten und Sozialdemokraten, auszuschalten. „André Hoewel wurde direkt bei Opel entlassen und musste untertauchen. Er arbeitete illegal in der KPD weiter und baute eine Druckerei in Frankfurt auf“, berichtet Lothar Bembenek, Mitautor des Buches „Widerstand und Verfolgung in Wiesbaden (1933–1945)“. „Einmal wurde die Wohnung der Hoewels in der Rüdeshheimer Straße von der SA überfallen – zum Glück war keiner von beiden anwesend.“

Der NS-Forscher, der sich intensiv mit dem Schicksal des Ehepaares beschäftigte, erhielt von einer Weggefährtin Briefe des Paares, die sie aufbewahrte. 1934 wurde Anneliese Hoewel festgenommen und zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. „Sorgen mache Dir keine um mich, wie ich oben bereits betonte, geht es mir seelisch besser. Besser ginge es mir, wenn ich Dich draußen wüsste“, schrieb sie an André, der sich zu diesem Zeitpunkt im KZ Buchenwald befand.

1939 können sich beide wieder in die Arme schließen. Sie ziehen nach Koblenz um, um dort das Geschäft von Andrés verstorbenem Bruder zu leiten, der fünf Kinder hinterlassen hat.

Inzwischen ist Krieg. Die Hoewels bauen ihre Kontakt zu Mitgliedern der KPD, der SPD und der Zentrumsparterie aus und betreiben gemeinsam mit ihnen Aufklärungsarbeit. Wie es um Deutschland steht, entnehmen sie einem englischen Sender. Die Informationen, mit denen sie die NS-Propaganda entlarven, schicken sie an Soldaten – verbunden mit dem Aufruf zum Desertieren. 1941

werden sie entdeckt, zum Tode verurteilt und in Frankfurt enthauptet.

„Der Geist, der sie beseelt, der Glaube an das Recht zur Auflehnung gegen staatliches Unrecht, hat auch in unserem Verfassungsrecht seinen Niederschlag gefunden“, betonte Ministerpräsident Georg Zinn 1962 bei der Einweihung eines Mahnmals für die Hingerichteten im Frankfurter Gefängnis Preungesheim. Während in Trier und in Koblenz bereits Straßen nach André Hoewel benannt wurden, stand in Wiesbaden eine Würdigung noch aus.

Nun erinnern zumindest seit Dienstag, dem 27. Januar, in der Herderstraße 10 zwei Stolpersteine an das mutige Paar.

© Kerstin Zehmer,  
Wiesbadener Tagblatt vom 20. Januar 2009

Die „Stolpersteine“ in der Herderstraße unmittelbar vor ihrer Verlegung vor dem Wohnhaus der Hoevels in Wiesbaden.



## Ortsbeirat Wiesbaden-Südost

### Wieder einmal falsche Prioritätensetzung

In der Sitzung des Ortsbeirats Südost vom 12. März 2009 wurde über die Errichtung einer Verkehrsinfortafel in der Mainzer Straße beraten.

Gegen eine Tafel, die über Großveranstaltungen, Verkehrsbehinderungen oder ähnliches informiert, ist ja grundsätzlich nichts einzuwenden.

Wäre da nicht der horrende Preis: 120.000 Euro soll ein solches Exemplar kosten, insgesamt sollen im Stadtgebiet fünf bis sechs davon aufgestellt werden. Über eine halbe Million wird damit letztendlich verausgabt. Die Linke Liste ist der Meinung: Der Betrag wäre in anderen Projekten (für die ja angeblich nie Geld da ist) wesentlich besser angelegt. Solange in dieser Stadt jedes vierte Kind von Hartz IV lebt, sind solche Projekte für die Linke Liste jedenfalls nicht zustimmungswürdig.

Der Höhepunkt folgte jedoch, als es in einem weiteren Tagesordnungspunkt um eine Erweiterung der Möblierung für den Bahnhofsvorplatz ging. Die FDP befürchtete durch das Aufstellen weiterer Bänke die Trinker- und Junkie-Szene vom Platz der Deutschen Einheit an den Bahnhof und damit in den eigenen Ortsbezirk zu holen, die CDU nutzte die Gelegenheit, ins gleiche Horn zu blasen und sich über die pöbelnden Jugendlichen zu mokieren.

Die Linke Liste ist der Meinung: Wer soziale Probleme lösen will, der muss Geld dafür in die Hand nehmen und nicht für sinnlose Wasserspiele oder Infotafeln.

Man kann gespannt sein, ob CDU und FDP in der nächsten Sitzungsrunde anlässlich der Haushaltsberatungen auch an einen Antrag für mobile Jugendarbeit im Ortsbezirk denken. Jugendliche gehören genauso ins Stadtbild wie alle anderen Bevölkerungsgruppen auch. Wenn man sich an Ihnen stört, könnte man ihnen jedoch einen selbst verwalteten Jugendraum zur Verfügung stellen – denn davon gibt es in der Stadt viel zu wenige!

### Unzureichender Umwelt- und Gesundheitsschutz für BürgerInnen in Südost

In der Sitzung vom 29. Januar 2009 beriet der Ortsbeirat Südost über den Einsatz von Laubbläsern im Ortsbezirk. Die CDU hatte einen Antrag gestellt, dass diese aus Lärmschutzgründen nur zu den erlaubten Betriebszeiten und nicht bei nasser Witterung zur Anwendung kommen sollen.

Diese Betrachtungsweise war der Fraktion Linke Liste zu kurz gegriffen, denn bekanntlich stellen Laubbläser eine große Gefahr für Gesundheit und Umwelt dar.

Der Naturschutzbund fordert einen generellen Verzicht auf die Geräte, da sie den Lebensraum vieler Kleintiere wie Schnecken und Regenwürmer zerstören. Darüber hinaus stellen sie eine große gesundheitliche Gefahr für den Gerätebetreiber und die betroffenen AnwohnerInnen dar. Zum einen durch die Lärmbelastung, zum anderen aber auch durch die Freisetzung des krebserregenden Benzols. Nicht zuletzt ersetzt ein Laubbläser circa fünf Laubkehrer.

Letzteres Argument war schließlich für die Fraktion der SPD ausschlaggebend für deren Enthaltung: Man lehne solche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ab. Der Änderungsantrag der Linken Liste, der auf einen vollständigen Verzicht abzielte, wurde damit gegen die Stimmen von Linker Liste und Bündnis 90/Die Grünen leider abgelehnt. Die BürgerInnen im Ortsbezirk müssen sich also weiter mit diesen lärmenden Ungewütmen abfinden.



Manuela Schon,  
Mitglied der Linken Liste Wiesbaden  
im Ortsbeirat Südost

Lili



Zeitung der  
Fraktion Linke Liste Wiesbaden  
Frühjahr 2009



Jürgen Becker, Stadtverordneter der Linken Liste Wiesbaden  
Mail: lili.fraktion@wiesbaden.de

## Wie sozial ist das Sozialkaufhaus wirklich?

Die Fraktion Linke Liste teilt die Kritik der betroffenen Gebrauchtgüterhändler, die durch die Eröffnung des Sozialkaufhauses beträchtliche Umsatzeinbußen hinnehmen müssen: Bauhaus und die Stadt Wiesbaden machen sich hiermit der Wettbewerbsverzerrung schuldig. Aus der Beratungstätigkeit des Vereins Linke Hilfe e.V. ist bekannt, dass in der Vergangenheit Arbeitslosengeld-II-Empfänger manchmal von ihren Sachbearbeitern zum Kaufhaus begleitet wurden um dort gemeinsam einzukaufen.

Bereits zur Eröffnung des Sozialkaufhauses im Juli 2008 kritisierte die Linke Liste in einer Pressemitteilung

den Einsatz von 1-Euro-Jobbern anstelle von regulärem Personal. Was hier als Maßnahme zur Vorbereitung auf den ersten Arbeitsmarkt getarnt wird, ist im Prinzip nichts anderes als perfides Lohndumping und eine besonders unanständige Form von Ausbeutung. Wenn nicht sofort entgegengesteuert wird, könnte die perverse Situation entstehen, dass im Gebrauchtgüterhandel regulär Beschäftigte ihren Job verlieren und schließlich als 1-Euro-Jobber im Sozialkaufhaus „ihre Fähigkeiten unter Beweis stellen“ dürfen.

**Es zeigt sich auch hier: Nicht alles was sozial im Namen trägt, ist wirklich sozial.**

## Rollende Litfasssäulen ...

Im Finanzausschuss forderte die Linke Liste einen Bericht ein über die Zulässigkeit nach DIN und anderen Vorschriften zum Bekleben von öffentlichen Beförderungsmitteln.

Die Antwort von Herrn Burghardt, ESWE-Verkehr: „Das bringt uns im Jahr eine Million Euro“ – im Übrigen seien 25 Prozent der genutzten Fläche zumutbar.

Einwände wie „Käfigeffekt“ und die Beeinträchtigung des Fahrgastkomforts waren für Herrn

Burghardt nicht nachvollziehbar. Viele Städte in Europa haben allerdings aus den oben genannten Gründen wieder Abstand von den rollenden Litfasssäulen genommen.

Gönnen wir doch den Bürgerinnen und Bürgern der Landeshauptstadt Wiesbaden und besonders unseren Gästen den „klaren Blick“ auf die „grünste Stadt Deutschlands“ und das „Nizza des Nordens“ – so beschreibt Wiesbaden Marketing im Touristik-Guide den besonderen Flair Wiesbadens.



Eigentlich wollte ESWE-Verkehr ja nur 25 Prozent der Busscheiben mit Reklame bedecken. Senioren halten dies bereits für zu viel. Aber bei der Eigenwerbung hier sind es wohl gefühlte 45 Prozent geworden.

## „Besser geht's mit Coca Cola!“

*Liebe US-Amerikaner! Willkommen in Wiesbaden!*

Aber nicht in Army-Uniformen als Militärs, sondern als Brauseproduzenten.

Wie im nordrhein-westfälischen Essen bekämen wir dann endlich zusätzliche Aktivkohlefilter für unser chemieschadstoffbelastetes Trinkwasser. Die US-Zuckerwasserhersteller verlangen nämlich von der jeweiligen Kommune die oben genannten Reinigungsfilter – sonst sprudelt nichts!

*Hochgeschätzte Frau Gesundheitsdezernentin!*

In Wiesbaden-Sonnenberg z.B. würde es auch ohne Extrafilter gehen, weil das Leitungswasser aus den Kellerskopffquellen – wie man hört – unbelastet ist. Dort stünde einer arbeitsplatzschaffenden Ansiedlung einer Cola-Fabrik nichts entgegen. Aber vielleicht können auch die übrigen Wiesbadener/innen bald Trinkwasser genießen, das entsprechend gereinigt ist.

*Enjoy Coke!*

*gez. Kurstadtglossator*

**Lili**



Zeitung der  
Fraktion Linke Liste Wiesbaden

12

Frühjahr 2009